

## Einwanderungspolitik

### **Migrationsforscher mahnen Reformen an**

BONN, 9. Oktober (epd). Das Wissenschaftlergremium „Rat für Migration“ hat am Freitag in Bonn eine umfassende Reform der Einwanderungspolitik angemahnt. Die „bisherigen Versäumnisse“ müssten korrigiert werden, erklärte der neugegründete Zusammenschluß von 24 Migrationsforschern am Freitag in Bonn in seinen Empfehlungen an Bundestag und Bundesrat.

Fremde müssten „gleichberechtigte und willkommene“ Bürger werden, verlangte der Rat. Es liege im Eigeninteresse Deutschlands, ein Gesamtkonzept für die Einwanderung zu erarbeiten. Einwanderung sei gewünscht und nötig. Eine zentrale Institution solle diesen Prozeß steuern und eine Auswahl treffen. „Ohne Einwanderer würde Deutschland zum Altersheim“, so die Wissenschaftler. Die sozialen Sicherungssysteme würden bald sehr starken Belastungen ausgesetzt.

Die kulturelle und soziale Integration von Einwanderern weise „gravierende Defizite“ auf, kritisierten die Wissenschaftler. Jugendliche der zweiten und dritten Ausländergeneration blieben weitgehend sozial ausgegrenzt. Das Staatsangehörigkeitsrecht müsse erneuert, die Einbürgerung wesentlich erleichtert werden, forderte der Rat weiter.

FR, Samstag 10. 10. 1998, Nr. 235